

PORTRÄT

Der Außerirdische

Von Patrick Beuth

Er ist tatsächlich nach Brüssel gekommen. Ist Julian Assange, der Wikileaks-Sprecher, etwa lebensmüde? Immerhin ist ein Killerkommando aus den USA hinter ihm her. So jedenfalls lautet eines der Gerüchte, die derzeit über den Australier kursieren. Assange werde von den US-Behörden gesucht und fürchte seine Verhaftung, lautet ein anderes.

Und das alles, weil Wikileaks, die Internetplattform, die geheime Dokumente von Staaten und Unternehmen veröffentlicht, möglicherweise in Besitz von Hunderttausenden brennenden Telegrammen ist. Die sollen „beinahe-kriminelle“, aber nicht näher beschriebene Machenschaften von US-Botschaften in aller Welt belegen. Ob Assange wirklich gesucht wird, haben die USA bislang nicht verraten. Ob Wikileaks die Telegramme überhaupt hat, oder auch nur einen Teil davon, ist auch unklar.

Gestern tauchte Assange im Gebäude des Europaparlaments auf, um vor einer Gruppe von Liberalen und Demokraten über Meinungs- und Pressefreiheit zu reden. Über das, wofür er seit Jahren kämpft.



Julian Assange, Jahrgang 1971, australischer Internet-Aktivist, ärgert weltweit die Behörden.

Assange wirkt wie ein Außerirdischer, schrieb ein Reporter des Magazins New Yorker kürzlich. Mit seinen weißen Haaren und hellen Augen, seinem bestimmten Auftreten und seiner tiefen, leisen Stimme scheint er der Menschheit eine tiefere Wahrheit übermitteln zu wollen. Aber der Außerirdische hat auch menschliche Züge: Er ist schusselig, vergisst Flugtickets zu kaufen oder zu bezahlen oder rechtzeitig zum Flughafen zu fahren. Oder vor der Abreise seine Wäsche aus dem Trockner zu holen.

Seit Jahren lebt Assange ohne festen Wohnsitz, reist durch die Welt und übernachtet bei Sympathisanten. Es ist die logische Fortsetzung seiner Kindheit, die er selbst als „ziemlich Tom Sawyer“ beschreibt. Geboren 1971 im Nordosten Australiens, zog er mit seiner Mutter und deren Lebensabschnittsgefährten innerhalb von nur 14 Jahren 37-mal um. Vor dem letzten Mann flohen er und seine Mutter irgendwann sogar. Auf dieser Flucht brachte sich Assange das Programmieren und das Hacken von Computern bei.

Bald darauf hackte er sich in die Netze des Pentagons und anderer Behörden. Als er 20 und Vater eines Sohns war, wird er verhaftet. Es dauerte Jahre, bis ein Urteil gefällt wurde – und es fiel überraschend mild aus. Der Richter brummte Assange lediglich eine kleine Geldstrafe auf, weil er in den fremden Netzen keinerlei Schaden angerichtet habe. Ebenfalls jahrelang kämpfte er gegen die Behörden um das Sorgerecht für seinen Sohn und erreichte doch nur einen Kompromiss. In diesen Jahren wurde aus dem Hacker der Aktivist, der später Wikileaks gründete und damit bis heute sehr erfolgreich Behörden in aller Welt ärgert.



THEO P'S GROSSE MOMENTE

ANALYSE

Falsche Blickrichtung

Von Volker Schmidt

Ist die Verfassung in Gefahr? Bricht in Deutschland die Weltrevolution aus? Der Verfassungsschutzbericht für 2009 verzeichnet mehr gewaltbereite Linke (nämlich 6600 im ganzen Land) und mehr Gewalttaten „mit linksextremistischem Hintergrund“. Geht es nach Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), dann brennt die Hütte: fast doppelt so viele Brandstiftungen, 40 Prozent mehr Körperverletzungsdelikte. „Dem Verhalten der Linksextremisten will die Bundesregierung entschlossen entgegenreten“, tönt de Maizière. Es klingt, als gäbe es einen geschlossenen revolutionären Block, der an der Beseitigung der Demokratie arbeitet.

Das hätten die gewaltbereiten Linksa autonomen gern. Aber wer glaubt, durch das Anzünden von Autos und Angriffe auf Polizisten die Welt verbessern zu können, ist nicht nur ebenso kriminell wie dumm – er spielt auch einer Bundesregierung in die Hände, die mit einem schlichten Rechtslinks-Schema operiert.

Schon in den Koalitionsverhandlungen setzte die damalige Beauftragte für „Extremismus und Integration“ der Unionsfraktion im Bundestag, Kristina Köhler, eine Ausweitung der Programme gegen Rechtsex-

tremismus auf Links- und islamistischen Extremismus durch. Heute heißt sie Schröder und ist als Familienministerin für ebendiese Programme zuständig. Ihre Sicht folgt jener Extremismustheorie, die die Bedrohung einer vage definierten „Mitte“ von links und rechts postuliert. Kritiker aus der Wissenschaft sehen darin eine unhaltbare Gleichsetzung von Phänomenen, die zu-

Die Bekämpfung von Extremismus ist ein Ansatz von gestern. Wer gegen Menschenfeindlichkeit angeht, schützt unsere Verfassung besser.

letzt in der Totalitarismustheorie des Kalten Kriegs dogmatische Urständ feierte.

Es wäre fatal, wenn das politische Ziel, den Blick stärker nach links zu lenken, Einfluss auf das Verhalten der Behörden hätte. Eine Erfahrung aus Baden-Württemberg legt diesen Verdacht nahe: Dort stieg die Zahl „linksextremistischer Straftaten“ von 2008 auf 2009 um knapp 400. Das entspricht fast exakt den Anzeigen (wohlge- merkt: nicht den Urteilen) bei einer einzigen Demonstration im November in Bamberg, darunter mehr als 200 angebliche Verstöße gegen das Uniformverbot im Ver-

sammlungsgesetz: die schwarzen Kapuzenpullis des Schwarzen Blocks.

Minister de Maizière betonte am Montag, der Verfassungsschutz sei ein „Frühwarnsystem“. Es gehe darum, „Leitfiguren der Szene“ zu identifizieren und Kommunikationswege aufzudecken. Es geht ihm, mit anderen Worten, um mehr Kontrolle. Dabei sollte es um mehr gehen: den Schutz der Verfassung, den Schutz von Menschen.

Da kommen die Programme wieder ins Spiel, die Ministerin Schröder fördern möchte. Pädagogen und Praktiker raten dazu, den Begriff Extremismus über Bord zu werfen. Der vorgeschlagene Ersatz – Projekte gegen „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ – liest sich spröde, bedeutet aber nichts anderes, als einen Kerngedanken von Demokratie und Verfassung zu stärken: die Überzeugung, dass alle Menschen gleichwertig sind. Wäre sie solide verankert, fänden weder die Diffamierung von Einwanderern durch Rechtsex- tremen noch die Abwertung von Frauen und Juden durch Islamisten noch Gewaltauf- rufe Linksradikaler gegen „Bonzen“ oder Po- lizisten Nahrung. Die Verfassung wäre ef- fektiver geschützt als mit alarmistischem Getöse über ihre angebliche Bedrohung – ganz gleich, ob sie im rechten, linken oder islamistischen Lager verortet wird.

Frankfurter Rundschau

Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH

Vorsitzender des Herausgeberates: Konstantin Neven DuMont

Chefredakteure: Joachim Frank, Rouven Schellenberger
Feuilleton: Joachim Frank (komm.)
Mitglied der Chefredaktion: Stephan Hebel

Politik und Wirtschaft: Arnd Festerling (Leitung)
Monika Kappus (Politik)
Berni Salzmann (Wirtschaft)
Sport: Thomas Vögge
Feuilleton: Joachim Frank (komm.)
Magazin/Panorama: Martin Scholz
Wissen und Bildung: Karl-Heinz Karisch
Frankfurt: Dr. Matthias Arning
Rhein-Main: Stefan Kuhn
(jeweils verantwortlich)

Leitende Redakteure: Regine Herrmann, Wolfgang Wagner (Deskchefs), Ursula Rüssmann, Brigitte Spitz, Joachim Wille (Politik), Astrid Höltscher (Meinung), Katharina Sperber (Magazin), Christoph Brecht-Heider (Reportage), Christian Thomas (Feuilleton), Lutz Fischer,

Claus-Jürgen Göpfer (Frankfurt), Pitt von Behenburg (Landespolitik Hessen), Werner Neumann (Ausbildung)

DuMont Redaktionsgemeinschaft GmbH
Brigitte Fehrl (Chefredakteurin), Robert von Heusinger (Stellvertreter der Chefredakteur), Christian Bommaris, Karl Doemens, Holger Schmale, Arno Widmann.

Gestaltung und Produktion: FR-Publishing GmbH, Geschäftsführung: Annette Tiedge, Hans-Dieter Klein, Joachim Löw
Art Direction: Annette Tiedge, Bild: Torsten Deutzmann

FR-online.de: Rouven Schellenberger (komm.)
Postanschrift: 60266 Frankfurt am Main, Hausadresse:

Karl-Gerold-Platz 1, 60594 Frankfurt am Main, Telefon 069/2199-1 (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten), Internet: www.fr.-online.de

Geschäftsführer: Kath Heinz Kroke

Anzeigen: Petra Linke (Verantw.)
Marketing: Ralf Walther
Vertrieb: Ralf Prokasky
Logistik: Jan Ochs
Sämtlich Frankfurt am Main

Anzeigenpreise laut Liste Nr. 68 und 68a vom 1. Januar 2010

Erscheint täglich außer sonn- und feiertags. Monatsbezugspreis Inland: Trägerzustellung in Hessen 33,25 Euro; Trägerzustellung übriges Bundesgebiet und Postbezug 34,45 Euro; ermäßigter Bezugspreis für Studierende, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende und Auszubildende 19,75 Euro (Nachweis erforderlich); alle Preise inkl. 7 % Umsatzsteuer.

Monatsbezugspreis Ausland: auf Anfrage.

Telefax Anzeigen: 069/1310030
Telefax Vertrieb: 069/2199-3264

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung. Für unverlangte Einsendungen überneh-

men wir keine Verantwortung. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller in ihr enthaltenen Beiträge sowie Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages ist unzulässig und strafbar. Insbesondere ist die Einspeicherung und/oder Verarbeitung der Daten in elektronischer Form oder in Datenbanksystemen ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Druckzentrum Neu-Isenburg, Rathenaustraße 29, 63263 Neu-Isenburg, Gerichtsstand: Frankfurt am Main.
Frankfurter Rundschau (SPS 011-355) is published daily by Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, 60266 Frankfurt am Main.
Periodicals postage paid at Champlain N.Y. and additional mailing offices. Address changes should be sent to IMS of N.Y., 100 Walnut St. #3, P.O. Box 1518, Champlain, N.Y. 12919-1518.
For details call: IMS at 1 (800) 428-3003.

Verleger bis 1973: Karl Gerold.



LEITARTIKEL

Unbedingt wählbar

STEPHAN HEBEL



Am Kandidaten Gauck lassen sich neue Konstellationen testen. Wie viel Ampel steckt in der Präsidentsenkür? Und wann lernen Linke, sich der eigenen Biografie mit selbstkritischem Stolz zu stellen?

Bündnisfähigkeit zu bestehen. Um Gauck zu wählen, müssten schon sachliche Gründe her. Bitte sehr, hier sind sie.

Im ureigenen Interesse der Linken wäre Gauck der richtige Mann im richtigen Moment. Warum? Weil – und nicht obwohl – er der Spiegel ist, in dem diese Partei ihre Missverständnisse, Herkunfts- und Biografie, selbstkritischem Selbstbewusstsein erkennen könnte. Weil – nicht obwohl! – er aus eigener Lebenserfahrung der Errungenschaft bürgerlicher Freiheiten gegenüber dem Ideal der sozialen Sicherheit ein größeres Gewicht einräumt als die Linken selbst. Aus diesem Grund nämlich, tief wurzelnd in der eigenen Biografie, glaubt Gauck die „Verteidigung dieser Freiheit“ am Hindukusch befürworten zu müssen. Aus diesem Grund teilt er die Empörung über Hartz IV und Niedriglohn nicht ganz – auch wenn man zur Kenntnis nehmen sollte, dass er inzwischen auch zu sozialen Ungerechtigkeiten klare Worte findet.

KOLUMNE

Gebt's jetzt rund?

ECKART D. STRATENSCHULTE

Kein Wunder eigentlich, dass sich mehr Menschen für Fußball interessieren als für Politik. Da passiert wenigstens was.



kotträger am Kap sind sich zudem einig, welches Spiel sie spielen, in Berlin wird selbst darüber gestritten, wobei die Auffassung, es handle sich um ein Mannschaftsspiel, eine Minderheitenmeinung darstellt.

Wir sollten die deutsche Mannschaft in Südafrika mit unseren guten Wünschen begleiten, aber wir sollten uns keine Illusionen machen. Auch wenn die Jungs sich rappeln und morgen gewinnen oder sich durch ein Unentschieden in die nächste Runde retten, ist daraus nicht die Hoffnung abzuleiten, dass es auch in Berlin endlich losgeht. Tatsächlich verschiebt die Regierung ihr Spiel immer wieder, zuerst bis nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, nun bis nach der Bundespräsidentenwahl. Ein Großteil des Publikums hat diesbezüglich offensichtlich keine Erwartungen mehr und die Ränge dementsprechend schon verlassen.

KOMMENTARE

Steuern wiegen leicht

Von Markus Sievers

Im deutschen Steuersystem geht der Phantomschmerz um. Kaum ein Leid ist so stark beklagt worden wie das der kalten Progression, bei der das Finanzamt jedes Jahr mehr verlangt, obwohl der Lohnzuwachs nur die Preissteigerung ausgeglichen hat. Die Untersuchungen des Bundesfinanzministeriums zeigen aber: Die kalte Progression ist zwar theoretisch ein echtes Ärgernis. In der bundesdeutschen Realität aber hat sie im vergangenen Jahrzehnt nicht zugeschlagen, weil die Regierungen die Steuern munter senkten. In der Summe zahlen Arbeitnehmer heute weniger an den Fiskus und die Sozialkassen als im Jahr 2000.

Das sind wichtige Hinweise für die Koalition, die inzwischen selbst merkt, dass sie ihre Steuerdebatte viel zu aufgeregt geführt hat. Die große Steuerreform ist abgesagt, weil die öffentlichen Haushalte dies auf absehbare Zeit nicht finanzieren. Die Analysen aus dem Bundesfinanzministerium liefern ein zweites, durchschlagendes Argument, das diese Entscheidung stützt: Der unterstellte Anstieg der Belastung hat nicht stattgefunden. Es gibt also keine Altlasten, die der Staat bei seinen steuerzahlenden Bürgern abzutragen hätte. Zwar ist es richtig, sich über die kalte Progression Gedanken zu machen. Jedenfalls in der Vergangenheit aber hat die Politik sie entschärft.

Das drängendste Problem liegt ohnehin nicht bei den Steuern. Unge- recht wird die Finanzierung des deutschen Gemeinwesens, weil sie zu stark auf Sozialabgaben abstellt. Dies ist der eigentliche Grund für den Missstand, dass Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen so stark beansprucht werden.

Der Schlag mit der Akte

Von Joachim Frank

Mit der „Akte“ hat der letzte Akt im Fall Mixa begonnen. Schlüpfriig, unappetitlich und vernichtend. Was bisher über den Lebenswandel des Augsburger Ex-Bischofs nur in Andeutungen zu vernehmen war, ist nun Punkt für Punkt ausgebreitet worden – mit Details, die kaum jemand gern über sich in der Zeitung lesen will.

Dass es so gekommen ist, hat sich Mixa selbst zuzuschreiben. Er hat sich öffentlich von der Täter- in die Opferrolle lamentiert, verbunden mit reichlich perfiden Attacken auf seine „Feinde“. Dass er die aktuellen Enthüllungen stets gewärtigen musste und dennoch den seltsamen Kampf um seine „Ehre“ und um ein künftiges Wirken als Seelsorger aufnahm, kann nur als weiteres Indiz für Mixas Abdriften in eine Parallelwelt gedeutet werden.

Am Ende dieses Dramas wird keine Katharsis stehen, keine heilsame Reinigung. Mixas Verteidiger – die gibt es tatsächlich noch – werden weiterhin von einer abgefeimten Intrige der „Aufklärer“ sprechen. Die Kirche wird in Unruhe bleiben. Aber in dieser Lage ist das besser als ein fauler Frieden.

Wer mit Rot und Grün koalieren will, sollte diese Haltungen ertragen, auch wenn er sie so nicht teilt. Erst recht sollte er sie ertragen bei einem Mann, der personifiziert, was man an Freiheitsliebe und harter Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur gelernt zu haben behauptet.

Juristisch und wissenschaftlich sei die DDR wohl nicht „Unrechtsstaat“ zu nennen. Politisch aber sei die Bezeichnung angemessen. Diese Einschätzung stammt von Joachim Gauck. Was aber sagt Luc Jochimsen? Ja, Unrecht habe es zuhauf gegeben. Aber „Unrechtsstaat“? Das stimme doch juristisch und wissenschaftlich nicht ...

Wer sich, politischer Zuspitzung sonst nicht abgeneigt, so krampfhaft gegen einen zugesetzten Begriff wie „Unrechtsstaat“ wehrt, hat ein Problem. Er oder sie erregt den Verdacht, sich bei der Sache selbst ein Hintertürchen offenhalten zu wollen.

Nicht, dass es durch dieses Hintertürchen zurückgeht in billige DDR-Nostalgie. Die ist so verbreitet nicht mehr. Die Linke tut etwas mindestens ebenso Schlimmes: Sie pflegt und organisiert das Missverständnis, Herkunft und Biografie, Selbstbewusstsein und Lebensglück der Ostdeutschen seien nur zu verteidigen, wenn das System, in dem sie lebten, nicht ausschließlich schlecht dastehe.

Wirklich selbstbewusst und zugleich historisch angemessen wäre es, das System, dem man sein persönliches Glück abtrotzen konnte oder nicht, mit aller Härte zu beurteilen – und sich der eigenen Biografie mit selbstkritischem Stolz zu stellen. Dafür steht Joachim Gauck. Und deshalb verpasst die Linke gerade ihre große Chance. Diesen Mann und diesen Weg trotz politischer Meinungsverschiedenheiten zu wählen – das wäre ein großer Schritt zur modernen, gesamtdeutschen Partei.

FDP-Fähnchen werden nur noch vereinzelt geschwenkt. Und Besserung ist nicht in Sicht. Egal, was morgen rauskommt, die Fußball-WM geht weiter und absorbiert die öffentliche Aufmerksamkeit. Anschließend ist Sommerpause. Vor September kann also gar nichts passieren. Dann beginnt aber auch schon der Vorwahlkampf für 2011. Im März werden nicht nur Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt stattfinden, sondern auch in dem politisch sehr wichtigen Baden-Württemberg.

Verständlich, dass man vorher potenzielle Wähler, von denen es ja gerade wenig genug gibt, nicht verärgern darf. Die FDP muss in dem liberalen Stammland unbedingt zeigen, wie stark ihre Muskeln sind – und die CDU hat nichts zu verschenken. Also dürfen wir wohl mit der Fortsetzung der NRW-Strategie rechnen: Stillstand bis zum Wahlabend. Unterbrochen wird die Stagnation dann wie in der vergangenen Woche durch die Konferenz in Meseberg: Wenn wir schon heute nichts hinkriegen, können wir ja mal darüber reden, was in zehn Jahren ist, unverbindlich natürlich.

Eigentlich ist es kein Wunder, dass sich mehr Menschen für Fußball interessieren als für Politik. Da passiert wenigstens was.

Professor Eckart D. Stratenschulte leitet die Europäische Akademie in Berlin.